

Freie Universität Berlin: Konflikt um Grundstück in Dahlem

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Uni-Gelände in Berlin-Dahlem: Spannungen zwischen Senat und Freie Universität. Find out more in this insightful article!
#Flüchtlinge #Proteste #FreieUniversitätBerlin

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das als Parkplatz genutzt wird, soll nach den Plänen des Senats in naher Zukunft zu einem Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgewandelt werden. Diese Entscheidung stößt jedoch auf Widerstand in der Freien Universität, da die Universität plant, auf dem Gelände ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten. Trotz der Bereitschaft der Universität, geflüchtete Menschen unterzubringen, betont die Kanzlerin Andrea Güttner, dass die Fläche nicht für Flüchtlingsunterkünfte geeignet ist und dass die Universität die geplante Maßnahme nicht unterstützt hat.

Der Sprecher des Universitätspräsidenten beklagt, dass die Senatspläne ohne Zustimmung der Hochschulleitung bekannt gegeben wurden und dass keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen, da die Universität bereits dringend benötigte Bauarbeiten plant. Die Universität schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen, während das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 für den geplanten Hochschulbau benötigt wird.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, betont, dass das Grundstück für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden kann, solange es

ungenutzt bleibt, und fordert eine zeitliche Angabe für den Baubeginn des neuen Universitätsgebäudes. Der Senat beschloss Ende März die Schaffung von 16 weiteren Containerdörfern, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge in Berlin weiterhin hoch ist und die aktuellen Notunterkünfte nicht ausreichen.

In den sozialen Medien wird über den Widerstand der Freien Universität gegen die Flüchtlingscontainer spöttisch diskutiert. Einige Benutzer fragen, warum die Uni keine temporäre Fläche zur Verfügung stellen könnte, während sie Platz für andere Aktivitäten habe. Der Protest gegen die Flüchtlingsunterkünfte führt zu Diskussionen über Rassismus und Toleranz an der Universität und zeigt, dass die sogenannte „woke Fassade“ schnell bröckeln kann, wenn es um persönliche Interessen geht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de